



Tropfen auf den heißen Sand: Bis zum Jahr 2030 soll die Wassermut, die im subsaharischen Afrika besonders groß ist, beendet werden. Angesichts mannigfaltiger Probleme scheint das nicht realistisch.  
 Von Christa Schaffmann

**Nachschlag neoliberal**

Neue NRW-Landesregierung aus CDU und FDP will Politik ihrer Vorgänger weiter verschärfen

3

**Kein Kommentar**

Feuertod Oury Jallohs: Staatsanwaltschaft hält Gutachten zurück. Behörden verweigern Auskunft

4

**Rolle rückwärts**

US-Präsident Donald Trump revidiert Kuba-Politik Obamas. Siehe auch Kommentar Seite 8

7

**Bauer in Bonn**

Das Kanzlersein erfassen und festhalten, der Rest ist egal: Helmut Kohl ist tot. Ein Nachruf

11

# Staatsgewalt in Aktion

Schlagstockeinsatz gegen kurdische Linke, Pfefferspray gegen Antifablockaden: Die Berliner Polizei hatte einen bewegten Tag. **Von Claudia Wangerin und Lothar Bassermann**

Während ein Aufmarsch der rechten »Identitären Bewegung« am Samstag in Berlin von Antifaschisten blockiert wurde, griff die Polizei eine Demonstration überwiegend kurdischer Linker mit Schlagstöcken und Pfefferspray an. Mindestens fünf von ihnen wurden vorübergehend festgenommen, zwei so erheblich verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten – einer von ihnen blutete stark aus einer Kopfwunde. Andere beteiligten sich nach den Übergreifen trotz Augenreizungen und Hämatomen an einer spontanen Sitzblockade, mit der die Freilassung der Festgenommenen gefordert wurde.

Bereits um 12 Uhr hatten sich mehrere hundert Kurdinnen und Kurden sowie einige Deutsche vor dem Rathaus Berlin-Tiergarten versammelt, um unter dem Motto »Solidarität mit Rojava und Sengal« gegen Organisations- und Flaggenverbote des Bundesinnenministeriums zu protestieren. Viele der Teilnehmer wollten sich danach dem Protest gegen die »Identitären« am Nordbahnhof anschließen, dazu hatten mehrere Redner aufgerufen. Durch das gewaltsame Eingreifen der Polizei wurde daraus nichts mehr.

Dabei hatten die Teilnehmer friedlich gegen die Kriminalisierung der Fahnen und Symbole der Volks- und Frauenverteidigungskräfte YPG und YPJ protestiert, die in Nordsyrien gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) kämpfen. Mit diesem Argument sprachen Demoredner die Polizeibeamten direkt an, als diese den Aufzug schon nach wenigen Metern stoppten, weil entsprechende Fahnen zu sehen waren.

Das Ministerium hatte im März das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf das Verwenden der Symbole



Meinungsfreiheit endet bei Sympathiebekundungen für Anti-IS-Kämpfer von YPG und YPJ. Verletzter Demoteilnehmer am Samstag in Berlin

von YPG und YPG ausgeweitet – allerdings ohne die in Deutschland nicht aktiven Einheiten selbst oder die Partei der demokratischen Union (PYD), als deren bewaffneter Arm sie angesehen werden, zu verbieten.

Nachdem eine Polizeisprecherin per Mikrofon versicherte, man wolle die Demonstration weiter laufen lassen und friedlich bis zum Ende begleiten, wenn die Fahnen eingerollt würden, geschah dies. Kurz vor dem U-Bahnhof Schwartzkopffstraße griff die Polizei allerdings ohne Vorwarnung ein, um Personen festzunehmen, die mutmaßlich zu einem früheren Zeitpunkt gegen Auflagen verstoßen hatten. Mehrere Beamte

stürzten sich dabei auch auf erkennbar Minderjährige. Der Sitzstreik für die erst am frühen Abend freigelassenen kurdischen Demonstranten dauerte noch an, als Antifablockaden den Aufmarsch der »Identitären Bewegung« (IB) bereits auf ein Minimum verkürzt hatten.

Rund 700 IB-Anhänger hatten sich ab 14 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen im Stadtteil Wedding versammelt und wollten zum Hauptbahnhof marschieren. Zahlreiche Antifaschistinnen und Antifaschisten waren bereits über Hinterhöfe auf die von der Polizei abgeriegelte Brunnenstraße gelangt und hatten sich auf der Fahrbahn niedergelassen.

Die IB-Anhänger warteten stundenlang am U-Bahnhof Voltastraße, nachdem sie rund 800 Meter gelaufen waren. Bei Versuchen der Beamten, die Sitzblockade zu räumen, wurde ebenfalls Pfefferspray eingesetzt. Es kam zu mehreren Festnahmen.

Während der Zwangspause belästigten die Rechten Anwohner des stark migrantisch geprägten Stadtteils mit dem Ruf: »Abschieben, abschieben«. Gegen 17 Uhr verkündete dann ein IB-Redner, der Aufzug sei aufgelöst. Nach Informationen des »Berliner Bündnisses gegen rechts« (BBGR) hatten sich insgesamt 4.000 Menschen an den Protesten gegen den IB-Aufmarsch beteiligt.

**USA: Proteste nach Freispruch für Polizisten**

St. Paul. Mehrere tausend Menschen haben gegen den Freispruch für einen Polizisten demonstriert, der im vergangenen Juli einen Schwarzen während einer Verkehrskontrolle erschossen hatte. Das Gericht im US-Bundesstaat Minnesota sprach den Beamten vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung frei. Damals war der 32jährige Philando Castile mit seiner Freundin in einem Auto unterwegs, als ihn der Polizist anhielt und im Zuge eines lauten Wortwechsels erschoss. Seine Freundin hatte einen Teil des Geschehens live mit ihrem Smartphone ins Internet übertragen.

Bei einer spontanen Kundgebung in der Hauptstadt Minnesotas, St. Paul, wurden am Samstag 18 Menschen wegen Verkehrsbehinderung festgenommen. Danach gab es eine weitere Demonstration in der angrenzenden Großstadt Minneapolis. (AFP/dpa/jw)

**Bundestag soll Rüstungsdeals absegnen**



Berlin. Kurz vor Ende der Legislaturperiode soll der Haushaltsausschuss des Bundestags noch über Rüstungsprojekte in Milliardenhöhe beraten. Auf der Tagesordnung des Gremiums für kommenden Mittwoch stehen mehr als 20 Beschaffungsprojekte mit einem Finanzvolumen von 15 Milliarden Euro. Das geht aus einem Papier hervor, das der Deutschen Presseagentur vorliegt. In die Instandsetzung von Panzern und Militärfahrzeugen sollen allein mehr als fünf Milliarden Euro fließen. Außerdem soll der Kauf von fünf Korvetten für die Marine für knapp zwei Milliarden Euro abgesegnet werden. »Damit stimmen wir über das größte Rüstungspaket der letzten zehn Jahre ab«, sagte der Grünen-Haushaltspolitiker Tobias Linder dem Magazin Focus. Die Entscheidung über die Großprojekte war zuletzt immer wieder vertagt worden. »Dieses Hauruckverfahren ist kein verantwortlicher Umgang mit dem Geld der Steuerzahler.« (dpa/jw)

# Umverteilen zur Herrschaftssicherung

G-20-Gipfel wird mit 130 Millionen Euro subventioniert. »Zivilgesellschaft« lobt Bundeskanzlerin

Vertreter sogenannter Nichtregierungsorganisationen aus den führenden Industrie- und Wirtschaftsnationen haben sich am Sonntag im Rahmen der deutschen G-20-Präsidentschaft in Hamburg getroffen. Sie forderten von den Staats- und Regierungschefs einen gerechteren Welthandel, mehr Klimaschutz und die Stärkung von Frauen. 350 Teilnehmer aus 50 Ländern erarbeiteten auf dem Civil-20-Gipfel (C20) einen Katalog von Forderungen, den sie am Montag Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) überreichen wollten. Im

Anschluss ist eine Podiumsdiskussion mit der deutschen Regierungschefin geplant. »Die heutige Form von ökonomischer Globalisierung produziert leider zu wenige Gewinner und viel zu viele Verlierer«, sagte der Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung, Jürgen Maier, am Sonntag gegenüber dpa. Für Merkel hatten die Teilnehmer Lob übrig: »Die Bundesregierung hat ein offenes Ohr für die Anliegen der Zivilgesellschaft«, sagte der Vorstandsvorsitzende des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, Bernd Bornhorst.

Wie Tagesschau.de am Sonntag berichtete, wird der G-20-Gipfel, der am 7. und 8. Juli stattfinden soll, mit Hunderten Millionen Staatsgeld finanziert. Auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion habe das Bundesinnenministerium erklärt, die Sicherheitsvorkehrungen kosteten den Bund 32 Millionen Euro. 20,8 Millionen Euro an zusätzlichen Kosten würden für die Bundespolizei veranschlagt. Darin eingeschlossen seien unter anderem Transport und Unterbringung der Beamten. Für das Bundeskriminalamt würden 9,6 Millionen Euro mobilisiert. Der Einsatz des

Technischen Hilfswerks (THW) werde auf 1,6 Millionen Euro veranschlagt. Im Haushalt des Auswärtigen Amtes seien zudem 50 Millionen Euro für die Ausrichtung des Gipfels vorgesehen. Zudem habe das Bundesland Hamburg vom Bund bereits eine Pauschale von 50 Millionen Euro für die »Sicherheit« erhalten. Genaue Angaben über die Gesamtkosten will die Bundesregierung erst nach Ende des Gipfels nennen. Alles in allem dürften die Kosten für den Gipfel und die Sicherheitsmaßnahmen damit bei rund 130 Millionen Euro liegen. (dpa/jw)

**jw** wird herausgegeben von 2.051 Genossinnen und Genossen (Stand 6.6.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg

